

Haushaltsrede 2009 der **Löhner – Bürger - Allianz**

(Es gilt das gesprochene Wort)

1. Vorwort

Zunächst bedanke ich mich bei den Damen und Herren der Verwaltung, die den Fraktionen mit dem Entwurf zum Haushaltsplan 2009 die notwendige Diskussionsgrundlage für die politischen Schwerpunktsetzungen in der Stadt Löhne an die Hand gegeben haben.

Ein besonderer Dank geht auch an den Kämmerer, Herrn Busse, der die Haushaltsdaten anschaulich vorgestellt und erläutert hat.

Wir danken auch der Löhner Tagespresse für die Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe.

2. Ausgangslage

Schon im Vorjahr verwies ich darauf, dass die Löhner-Bürger-Allianz seit dem Beginn ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit im Jahre 2001 anhaltend und in aller Deutlichkeit **auf die Auswirkungen der finanzpolitischen Entwicklung hingewiesen** hat.

Dringend **mahnte** die **LBA immer wieder einen Kurswechsel an**. Leider fand sich im Rat keine Mehrheit, die dazu bereit gewesen wäre, das fortwährende Anhäufen von Millionen-Schulden zu beenden. Schulden, die so oder so zum Mühlstein am Hals der nachfolgenden Generationen werden.

Dies trug uns von der Bull/PDS regelmäßig den Vorwurf des „**Neoliberalismus**“ ein. Wohl wurde deren Parole, **ohne Rücksicht auf Verluste das nicht vorhandene Geld „auf den Kopp zu hauen“**, zwar von den übrigen Ratsfraktion milde belächelt. In der **konkreten Praxis folgten SPD und CDU dieser generationenfeindlichen Verschuldungspolitik** jedoch Schritt um Schritt.

Die Ereignisse von 1989 haben erkennbar gemacht, wohin diese verantwortungslose **Form des sozialistischen Wirtschaftens** schließlich führt: Die DDR brach zusammen und landete auf dem Abfallhaufen der Geschichte.

Somit gilt in besonderer Weise auch für die Bull/Linke/PDS: **WER NICHT BEREIT IST AUS DER GESCHICHTE ZU LERNEN, IST DAZU VERDONNERT, DIE GLEICHEN FEHLER IMMER WIEDER ZU MACHEN.**

Im Jahr **2007 musste die Stadt Löhne mit einem Fehlbetrag von rund 3,9 Millionen €** in die Haushaltssicherung gehen.

Im aktuellen Jahr schlägt bereits ein **Fehlbetrag von 6,7 Millionen** zu Buche. Wie so häufig, war die Einnahmeschätzung des letzten Jahres wieder mal zu optimistisch. Die Gewerbesteureinkünfte blieben hinter den Erwartungen zurück.

Immer noch sind die Verantwortlichen zu keinem Kurswechsel bereit: Business as usual!

Die **Gesamtverschuldung der Stadt Löhne** ist mittlerweile auf einen Betrag von knapp **86 Mio. €** angestiegen (Stadt: 39,9 Mio. €, WBL: 45,8 Mio. €).

Ginge es nach Bürgermeister Quernheim, so könnte in Auswirkung seiner Rathausbaupläne **bald die 90 Millionen-Marke** erreicht werden.

Auch die **SPD** hat sich erklärt: Nach ihren Vorstellungen soll das umstrittene Projekt „**nur**“ **2 Millionen €** dem alten Schuldenberg hinzufügen.

Nur der Umstellung auf das **kaufmännische Buchungssystem „NKF“** ist es zu „verdanken“, dass der Begriff „Haushaltssicherung“ nicht wiederum über dem aktuellen Haushalt steht.

Verschleiert wird die bedrohliche Lage zudem durch eine vom Land eingeräumte **buchungstechnische Fiktion**, die sogenannte „**Ausgleichsrücklage**“, die den Kommunen die Möglichkeit einräumt, sich ihre tatsächliche Finanzsituation noch eine gewisse Zeit nach der NKF-Umstellung **schön zu rechnen**.

3. Die spezifischen Risiken der aktuellen städtische Finanzplanungen

Im Haushaltsplan sind verschiedene **Risiken** vorhanden, die unserer Meinung nach **nicht hinreichend berücksichtigt** wurden:

- Nach dem Ergebnisplan wurde nicht nur 2008 kein struktureller Haushaltsausgleich erreicht. Auch für die Jahre 2009, 2010 und 2011 ist ein **Defizit in der Ergebnisrechnung zu erwarten**. Nach der Planung müssen deshalb der Ausgleichsrücklage 14,5 Millionen € bis 2010 entnommen werden. Diese wird sogar schließlich mit 800.000 € überzogen sein. Das bedeutet **Eigenkapitalverzehr**. Genau das **Gegenteil sollte die Zielsetzung der Verwaltung** sein. Auch im Sinne einer **intergenerativen Gerechtigkeit** sollte immer ein ausgeglichener Ergebnisplan angestrebt werden.
- Die **Entwicklungen bei der Gewerbesteuer sind** vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise **mit Risiken** behaftet. Während die Daten des Arbeitskreises >Steuerschätzung< vor wenigen Monaten den Städten und Gemeinden noch ein Plus bei den Steuern voraussagten, hat der Konjunkturunbruch mittlerweile auch Löhne erreicht: Umsatz- und Gewinneinbrüche, Kurzarbeit und Insolvenzen machen auch vor Löhne nicht Halt. Man braucht kein Prophet sein um einen weiteren Einbruch beim Gewerbesteueraufkommen vorherzusagen. Gerade in diesem Punkt rächt sich die verfehlte Löhner Wirtschaftsförderung der vergangenen Jahre unter dem jetzigen Bürgermeister und seiner SPD-Vorgänger. Dass in Löhne im vergangenen Jahr das Gewerbesteueraufkommen auf 15,5 Mio € sank, während sich andere Kommunen und Gemeinden im Kreis über einen Anstieg freuten, unterstreicht nur allzu deutlich das Versagen der bisherigen Löhner Politik. Ich darf daran erinnern, dass die **LBA** vor Jahresfrist als einzige Löhner Fraktion den Ansatz von 17 Mio € als zu optimistisch kritisierte! Auch die vom Kämmerer für 2009 veranschlagten 14,9 Mio sind vor diesem Hintergrund unrealistisch und unsolid!

- Die vorliegenden Zahlen für den mittelfristigen Planungszeitraum zeigen: Die **Ausgleichsrücklage** wird zum Ende des Planungszeitraums im Jahr 2010 **gänzlich verzehrt** sein. Mit anderen Worten: Der **finanzielle Puffer** bis zur >Allgemeinen Rücklage<, die den Kern des Eigenkapitals ausmacht, wäre gänzlich verbraucht!
- Auch die Prognosen bei der **Entwicklung der Einkommenssteuer** sind mit **konjunkturellen Unsicherheiten** behaftet. Hier gelten zwar die **Orientierungsdaten des Landes NRW**, aber diese waren in der **Vergangenheit überwiegend zu optimistisch**. Auch bei der Einkommenssteuerplanung rät die **LBA** deshalb zu mehr Vorsicht.
- Die **Verlagerung von Aufgaben von Bund und Land auf die Kommunen** - ohne vollständigen finanziellen Ausgleich - ist nach wie vor ein finanzielles Risiko. Wir erneuern unseren Vorwurf an die Bundes- und Landespolitik, die kommunale Mehrbelastungen z.B. **durch die Änderung der Kindergartenfinanzierung durch das Kinder- und Bildungsgesetz (KiBiz)** billigend in Kauf zu nehmen.

Fazit:

Der **Haushaltsentwurf und die mittelfristige Planung bis 2012 entsprechen überhaupt nicht unseren Vorstellungen einer soliden und vorausschauenden Haushaltsplanung.**

Die im **Finanzplanungszeitraum bis 2012 vorhergesagte Steigerung der Schulden** [des unmittelbaren städtischen Haushaltes ohne die WBL] auf dann 51,3 Mio. € (= eine 20 % Steigerung gegenüber 2007; schlimm genug!) wird ohne eine Berücksichtigung der oben aufgezeigten Risiken **nicht einzugrenzen** sein.

4. Kernforderung der **LBA**: Politik für den Bürger

Die Politik der **LBA** bestimmt sich durch unsere Zielvorstellung einer >**bürgerorientierte Stadt**<: Eine Stadt, in der sich die **Menschen wohlfühlen**, in der sie gerne leben, auf die sie stolz sind, in der sie **sichere Arbeitsplätze** haben, in der sie **Sport** ausüben und ihre **Freizeit** in vielfältiger Weise gestalten können.

In so einer Stadt sind die Bürger nicht für die Verwaltung da, sondern dort ist die **Verwaltung Partner, ja Dienstleistender des Bürgers.**

5. Verlässlichkeit statt Bürgertäuschung

Allenthalben wird beklagt, dass viele Bürger sich **mit Grausen von den ehemaligen Volksparteien abwenden**, ja von Politik und Politikern generell enttäuscht sind.

Das Interesse der Bürger an ihrem Gemeinwesen, an ihrer Stadt kann nur dann zurückgewonnen werden, wenn die **Bürger ernst genommen** werden und wenn die **Politik sich als verlässlich erweist**.

Wer den Menschen, wie Bürgermeister Quernheim im Wahljahr 2004, einen **kompletten Kurswechsel verspricht**, dann aber genauso **weiter macht, wie bisher**, hat selbst einen **großen Beitrag zur Politikverdrossenheit** beigesteuert.

So beklagte Q. vor 5 Jahren in seinem Wahlprospekt (S. 2):

*„**Leere Kassen und der höchste Schuldenstand** in der Geschichte unserer Stadt bedrohen die Zukunft unseres Gemeinwesens. Die Schulden verdoppelten sich in nur 10 Jahren **auf 80 Mio. €**“*

Das ist und war fein beobachtet:

Jedoch – unter der Verantwortung von Bürgermeister **Quernheim stieg die Verschuldung** mittlerweile auf **86 Mio. €**.

Zusammen mit dem von ihm geforderten Rathaus-Ausbaukonzept würden wir **nahe bei 90 € Mio. €** liegen. D.h. in nur 5 Jahren hätte der selbsterklärte **Sparprofi weitere 10 Mio. € zum Schuldenberg** hinzugefügt.

Wie formulierte Bürgermeister Q. in einem Grußwort zum Jahreswechsel so schön:

„Jede Generation sollte die Firma stärker hinterlassen, als sie sie vorgefunden hat!“ (NW 31.12.07)

Und Quernheim kritisierte weiter in seinem Wahlkampfflugblatt (Flyer, S. 2):

*„**Grundsteuern und Abgaben** sind in den letzten 10 Jahren **stetig erhöht** worden. Die neue **Konzessionsabgabe** macht unser Wasser teurer. Wohnen und Leben in Löhne kostet immer mehr.“*

Und dann fordert er: *„Die Kosten für Verwaltung und **Verschuldung müssen dringend zurückgefahren** werden. Nur so können **Steuern und Gebühren langfristig sinken.**“*

Richtig, Herr Quernheim, auch hier eine treffliche Analyse und eine akzeptable Forderung:

Allein - die Politik, die sie nach Ihrer Wahl tatsächlich betrieben haben, **galoppierte genau in die entgegengesetzte Richtung:**

Nach Quernheims Wünschen ...

- wurden von ihm bereits als Amtsleiter mehrfach Maximierungen der **Straßenanliegerbeiträge** betrieben (1997 von 66 2/3 % auf **75 %** ; 2001 von 75 % auf aktuelle **90 %**);

- wurde die **Konzessionsabgabe** auf das Trinkwasser bereits 2004, kurz nach der Wahl, nochmals erhöht;
- sollte eine „**2-Euro-Abgabe**“ **pro Löhner Sportverein und Hallennutzungsstunde eingeführt** werden. [Rat vom 23.3.2006];
- wurden die **Frei- und Hallenbadgebühren** erhöht, u.a. eine Verdoppelung der Hallenbad-Dauerkarten [Rat 12.12.07];
- sollte eine **Schneepflugsteuer** bzw. eine Winterdienstabgabe ganz neu geschaffen werden [Rat 12.12.07] bzw.;
- sollte die **Grundsteuer B** erhöht werden [Rat 12.12.07];
- eine **neue Abgabe für Außenbereichsanlieger** landwirtschaftlicher Wirtschaftsweg eingeführt werden [BauA 11.9.08];
- wurden die **Musikschulgebühren** um 5 % angehoben [KultA 1.12.08];
- sollte der **Sperrmüll** um 50 % von 6 € auf 9 € verteuert werden [HauptA 2.12.08];
- sollten die **Nutz- und Schmutzwasserkosten** für den Bürger ein weiteres Mal teurer werden, um mit der Konzessionsabgabe des Monopolisten WBL den Stadthaushalt zu subventionieren [Rat 12.12.07].

Sind dies alles **Schritte** zu dem von *Wahlkämpfer Kurt Quernheim* propagierten **Ziel, die Steuern und Gebühren zu senken?**

Kann irgendjemand ernstlich bestreiten, dass *Bürgermeister Quernheim* genau das **Gegenteil von dem tut, was er als *Wahlkämpfer Quernheim* den Bürgern versprochen hat?**

Ist die CDU noch immer der gleichen Meinung, die sie 2004 über Quernheim verbreitete, als sie behauptete:

„**Auf Kurt Quernheim ist Verlass. Sein Wort gilt. Mit ihm zusammen wollen wir Löhne auf Kurs bringen.**“ (Flyer, S. 1) ?

Der Kurs auf den die CDU und ihr Bürgermeister die Stadt Löhne in den letzten 5 Jahren tatsächlich gebracht haben heißt kurz und deutlich:

Weiteres Ausufern der Schulden; noch stärkeres Zulangen bei den Gebühren und Abgaben.

Somit ist es **kein Wunder**, wenn sich **in der CDU Widerstand gegen Quernheims erneute Kandidatur** aufbaute und sogar von Vorstandsseite gegenüber der Presse zu Protokoll gegeben wurde:

„**Wir fürchten, dass Kurt Quernheim im nächsten Wahlkampf keine Chance hat.**“ (NW 4.7.08)

Eine CDU-interne Einschätzung, der man sich mit **Blick auf die gebrochenen Versprechungen** und **Quernheims obige Aktivitätenliste** auch als Außenstehender durchaus anschließen mag.

6. Finanzpolitische Grundsätze

Um die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit in Löhne wiederzuerreichen, kommen wir an einer unvermeidlichen **Richtungsentscheidung nicht vorbei:**

Nur 3 Wege können beschritten werden:

1. Entweder werden die **Schulden**, die auf den Schultern der Löhner Bürger und der nachwachsenden Generationen lasten, weiter **maximiert**, oder
2. die Daumenschrauben der **Steuern und Abgaben** werden weiter **angezogen** oder
3. aber **es muss eisern gespart** werden.

Insofern hatte der Wahlkämpfer Quernheim 2004 natürlich recht, als er seinerzeit das „hohe Lied“ der Sparsamkeit sang: **Dem Worte nach** und auf seinen **Wahlkampfzetteln** behauptete Quernheim, den Weg der **Sparsamkeit** gehen zu wollen. Doch Papier ist bekanntlich geduldig.

In der **tagespolitischen Realität** entschied sich der Bürgermeister in den letzten Jahren zunehmend für die beiden anderen Möglichkeiten:

Neuverschuldung und Griffe in die Taschen der Bürger.

Lediglich seine erklärte Befürwortung des **LBA**-Vorschlages der **Auflösung der Aqua-M.-Gesellschaft** (NW 1.8.08) - Monate zuvor von der Bürger-Allianz gefordert - kann als eine Sparsamkeitsidee gewertet werden. Diese Gesellschaft kostet z.Zt. pro Anno 181.000 € sowie 10.000 € investive Kosten; zusammen = **191.000 €**.

Gleiches lässt sich von Q.s **tatsächlichen Verhalten** in Sachen

- **Fischbauch-Brücke**,
- überteuerter **Land-Ankauf vom Abke-Hof** (Schierholzstraße / Leinkamp),
- **Rathaus-Aufstockung** und
- **Verkauf des SVLO-Raumes im Brückenhaus** überhaupt **nicht** sagen:

Diese **Aktionen koste(te)n teures Geld.** -

Die **LBA** will sich **weder an der nächsten Generation versündigen** und ist zudem der Überzeugung, der Bürger wäre **schon mehr als zumutbar durch Steuern und Abgaben belastet**. So bleibt uns **nur eine einzige Strategie: das Sparen.**

Das ist der Grund, weshalb die Bürger-Allianz eine gegenteilige Politik nicht stützen kann, **Quernheims Schuldenpolitik nicht begleiten** will.

7. Die aktuellen Herausforderungen

7.1 Die Rathaussanierung

Die **LBA** sagt **ja zur Sanierung des Rathauses!** Vor allem die Außenfassade ist deutlich geschädigt und der Zustand der Wärmedämmung entspricht seit langen Jahren überhaupt nicht mehr den wirtschaftlichen und ökologischen Erfordernissen. Es gibt also angesichts der **hohen Energiekosten dringenden Handlungsbedarf.**

Dabei können die Vorschläge der Verwaltung in manchen Bereichen durchaus einen sinnvolle Diskussionsgrundlage sein. Nach meiner Beobachtung gibt es in der Frage der **effektiven Wärmedämmung** zwischen der **LBA** und den anderen Fraktionen **keine unüberwindbaren Gegensätze.**

Doch die Forderung des Bürgermeisters, die **Fassadensanierung** mit einem „**Rund-rum-Wohlfühl-Paket**“ zu **verbinden** sowie das Gesamtprojekt mit einer **zusätzlichen 3 Millionen € Neuverschuldung zu finanzieren** ist vor dem Hintergrund der miserablen Haushaltslage (siehe oben) unakzeptabel. Nicht alles, was schön und wünschenswert wäre, lässt sich in diesen finanzpolitisch dramatischen Zeiten umsetzen.

So gilt es, die **Sanierungsmaßnahmen auf das Notwendige** zu beschränken: Wir erinnern uns: Das Rathaus soll den Bediensteten der Stadt eine **angemessene Arbeitsstätte** bieten, ihre vielfältigen Dienste für die Löhner Bevölkerung zu versehen. Eine **imposante Herrschaftsarchitektur** wäre hier fehl am Platze.

Ein **zentraler Fehler der bisherigen Planungen** ist es, wie selbstverständlich und völlig unreflektiert, die bisherigen **Personalzahlen als unumstößlich und unabänderlich aufzufassen.**

Um **realistische Personalzahlen** und damit die Grundlage für den **tatsächlichen Raumbedarf** zu bekommen, sind folgende Faktoren zu gewichten:

- In einer Zeit, in der elektronische Medien und entsprechende Kommunikationsstrukturen rasant an Bedeutung gewinnen, wird dies auch seine Auswirkung auf Menge und Ort der städtischen Arbeitsplätze haben (Stichwort „**E-Gouvernement**“).
- Die **Bevölkerungszahl** der Stadt Löhne wird weiter sinken und mit ihr eben auch die auf sie ausgerichtete Verwaltungstätigkeit geringer werden.
- Schon jetzt ist der **Arbeitsanfall** im Bereich des **Wohnungsbau- und Planungswesens** zusammengeschmolzen.
- Das kostenträchtige und aufwändige **Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA)** ist **längst erstellt**, wurde dem Rat aber immer noch **nicht (vollständig) zur Verfügung gestellt.** Entsprechend den Vorermittlungen der vergangenen Jahre ist davon auszugehen, dass auch hier ein deutlich **reduzierter Personalbestand** gefordert wird. Nicht zuletzt der Wahlkämpfer Quernheim hatte in diesem Zusammenhang den Begriff des „**personellen Wasserkopfes**“ geprägt, den es abzuschlagen gelte.

Alle diese Gesichtspunkte wurden bisher bei den vorliegenden Sanierungs- und Ausbauplänen **völlig ignoriert.** Unter Einbeziehung dieser Faktoren stellt sich die Frage, ob die **Verlagerung bzw. „Rückholung“ des Jugendamtes**

nicht auch **ohne neue Aufstockungs- bzw. Ausbaumaßnahmen** möglich ist.

Erhebliche **Einsparpotentiale** sehen wir in folgenden Bereichen:

- **Wärmedämmverbundfassade** als kostengünstige und ökologische Maßnahme. Eine vorgeblich höhere Vandalismusanfälligkeit ist nicht plausibel.
- Verzicht auf eine prestigeheischende **Tonziegelfassade**.
- **Kostenreduzierung der Planungskosten** dadurch, dass sowohl die Planung als auch die Überwachung der Maßnahmen vom städtischen Fachpersonal übernommen wird.
- **Verzicht** auf die Verlagerung bzw. den Ausbau eines **Bürgerbüros**. **Bürgernähe**, d.h. der Wunsch, sich freundlich und engagiert an den Bedürfnisse der Bevölkerung zu orientieren, ist **unabhängig von der Frage >Tiefparterre oder Erdgeschoss<** und in allen Etagen des Hauses realisierbar.
Bürgernähe ist eine Sache der Einstellung und der Motivation der Mitarbeiter, letztlich auch davon anhängig, wie der Verwaltungschef diesen Begriff persönlich vorlebt.
- Zahlreiche **Einzelpositionen** sind zu großzügig, d.h. **luxuriös** bemessen und müssen nach unten storniert werden (z.B. 36 Glastüren für 36.000 €, Sanitärbereich für 56.000 €, Fensteraustausch und –demontage für 516.000 €)

Unakzeptabel ist der Wunsch nach der **Finanzierung des Projektes auf der Basis neuer Schulden:**

Wir können nicht so tun, als wären im städtischen Haushalt noch Gelder in Hülle und Fülle verfügbar, auf die man beliebig zurückgreifen kann. Das Gegenteil ist richtig. (siehe oben)

Vor diesem Hintergrund, bei eingebrochenen Gewerbesteuereinnahmen und im Vorfeld einer weltweiten Finanzkrise wäre die **Aufnahme weiterer neuer Kredite in mehrfacher Millionenhöhe unverantwortlich.**

Wenn Bürgermeister Q. und CDU neue Millionen-Schulden wollen, sollte sie auch sagen, ob, wie und wann sie ihr **Wahlversprechen des Schuldenabbaues** von 2004 jemals umsetzen wollen. Oder sie **sollen gestehen**, dass das Versprechen des Schuldenabbaues eine **Wählertäuschung** war. Doch davon ist bei beiden Partnern nichts zu hören.

Die **LBA** geht davon aus, dass eine weitere Ausdehnung der Neuverschuldung nach der nächsten Kommunalwahl nahezu zwingend eine **Welle von Steuer- und Abgabenerhöhungen** nach sich ziehen würde. Das will die **LBA** verhindern. Wir erteilen dem weiteren Drehen an der Steuer- und Abgabenschraube durch den Bürgermeister eine klare Absage.

7.2 Schulgebäudesanierung

Das langwierige Tauziehen um die Unterbringung der Schüler der städtischen Realschule im **umstrittenen Pavillon** war kein Ruhmesblatt in der Zusammenarbeit von Verwaltung und Schule.

Gleiches gilt für den Streit um den **Ausbau des Städtischen Gymnasiums**, die bauliche Anpassung an die zukünftigen Schülerzahlen und die veränderten Anforderung eines modernen Unterrichtes (u.a. Gruppenräume) und des Nachmittagsunterrichtes mit dem Bau der Mensa.

Die **LBA will alle Schulen und Schulformen fördern** und erhalten.

Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, den beschlossene **>Pakt für Schule< mit Leben zu erfüllen** und regelmäßige Gespräche zwischen Schulen, Ratsfraktionen und Verwaltung zu verankern.

7.3 Kampf gegen Verwahrlosung und Kriminalität

Der Kampf **gegen Verwahrlosung und Kriminalität bleibt ein vordringliches Thema.**

Die konsequente Auseinandersetzung mit **Verwahrlosungserscheinungen und Kriminalität** (z.B. im **Bahnhofsbereich und im Asylantenheim**) in Löhner Problembereichen ist immer noch unvollkommen.

Die aktuellen Bemühungen der Verwaltung um den Südbereich des Bahnhofs werden von der **LBA** unterstützt.

Trotz der Schwierigkeiten bei der Gestaltung der Investorenwiese halten wir es nach wie vor für vordringlich, die **Löhner Polizeiwache in der Innenstadt** bzw. im Bahnhofsbereich unterzubringen.

Die (Re-) **Aktivierung der Videoüberwachung** kann immer nur eine flankierenden Maßnahme sein.

7.4. Sportförderung und Gesundheit

Das, was unter der Perspektive eines „**Paktes für den Sport**“ von SPD und CDU beschlossen wurde, schränkt die Möglichkeiten und finanziellen Grundlagen des Löhner Sportes ein und ist insofern ein **Etikettenschwindel**.

Die Förderung des **Vereinssportes und der Sportjugend** ist die sinnvollste stabilisierende Sozialpolitik und präventive Kriminalitätsbekämpfung, die man sich denken kann, und allemal kostengünstiger als nachlaufende Resozialisierungsmaßnahmen.

Bei der Unterstützung der Sportvereine darf es aber keine **Privilegien oder Elemente von Vetternwirtschaft** geben. In diesem Zusammenhang fordern wir die völlige Aufklärung der **undurchsichtigen Transaktionen beim Verkauf des SVLO-Jugendraumes** im städtischen Sport- und Brückenhaus und dem nachfolgenden Bau- und Bezuschussungsantrag der SVLO-Vereinsspitze.

Oder um es mit einem Zitat von Bürgermeister Quernheim zu sagen: „*Als Politiker hat man sich verpflichtet, das Gesamtwohl im Auge zu behalten.*“ (NW 8.12.07) Es ist der **LBA** nicht erkennbar, **weshalb es im Gesamtwohl der Stadt lag, den Jugendraum zu veräußern, um anschließend für eine stolze Summe dem gleichen Verein einen neuen Jugendraum bauen zu müssen.**

Die **LBA** wollte im HauptA vom 29.1.09 Herrn Quernheim Gelegenheit geben, diese und andere **Widersprüchlichkeiten aufzuklären.**

Dass die CDU die Aufklärung verhindern wollte, liegt nahe, wenn sie die Befürchtung hatte, der ungeliebte **Spitzenkandidat hätte sich problematisch verhalten** und die **Wahrheit könne Schaden über ihn bringen.**

Weniger einsichtig ist das Verhinderungsvotum der SPD, die augenscheinlich die **Brückenhausaffäre aus wahltaktischen Gründen noch länger „am Köcheln“ halten will.**

Neue Baugebiete müssen schon frühzeitig, also vor der endgültigen Fertigstellung mit **Kinderspiel- bzw. Bolzplätzen** ausgestattet sein (siehe die Hängepartie eines Ostscheider Ersatzbolzplatzes bzw. die regelmäßig zu spät eingerichteten Spielplätze und Ausgleichsmaßnahmen in den erschlossenen Baugebieten).

Wir wollen die Ausdehnung eines **nachhaltigen Aufforstungsprogramms**, um tatsächliche „**grüne Lungen**“ **für Löhne** zu gewinnen, aber keine zusätzlichen Ausweisungen von Gebieten für Windkraftanlagen, die ökologisch und ökonomisch fragwürdig sind.

7.5. Gewerbe und Arbeitsplätze

Neuerdings haben auch die beiden Wahlkämpfer Held (LZ 2.2.09) und Quernheim die Bedeutung der **Wirtschaftsansiedlung** und die **Schaffung von neuen Arbeitsplätzen** entdeckt. Denn die Probleme der Löhner Monostruktur werden unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise immer deutlicher.

Dabei wird sich **Kandidat Held** die Frage gefallen lassen müssen, warum die über **50jährige Dominanz der SPD** und **die Zeit seiner eigenen Verantwortung als Kämmerer** in Sachen Wirtschaftsansiedlung **so wenig bewirkt hat.**

Auch der wahlkämpfende Bürgermeister verkündete, bei ihm sei die **Wirtschaftsförderung zur „Chefsache“** geworden. Seit seiner Amtsübernahme im Jahre 2004 kümmere er sich **ganz persönlich** um dieses Thema.

Wir wollten in der Ratssitzung am 29.10.'08 gerne in Erfahrung bringen, was die „Chefsache“ denn zwischen 2004 und 2008 **konkret bewirkt** habe, welche

neuen Firmen angesiedelt, **welche neuen Arbeitsplätze** unter dem segensreichen Einfluss von Q.s „Chefsache“ geschaffen wurden. Bekanntlich kam die Antwort nur sehr zögerlich. Von neuen Arbeitsplätzen war nichts bekannt, von neuen Firmen auch nichts. Q.s „Chefsache“ hatte kein neues Gewerbe in Löhne angesiedelt: Also wieder einmal eine **bürgermeisterliche Wahlkampfblase**, nur warme Luft.

8. Konkrete Schritte – Anträge der *Löhner-Bürger-Allianz* zum Haushalt 2009

Die **LBA** beantragt Folgendes:

Der Rat der Stadt Löhne möge beschließen:

A) Rathaussanierung

- A 1) Die Sanierung des Rathauses wird in **mehrere Bauabschnitte** aufgeteilt und im Laufe der nächsten drei Jahre verwirklicht.
- A 2) Da die Sanierungsmaßnahmen nicht sämtlich zeitgleich durchgeführt werden müssen, kann eine kostenwirksame **Auslagerung der Diensträume entfallen**.
- A 3) Die **Wärmeisierungsmaßnahmen** und Wiederherstellung der Außenfassade sind aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen **vorrangig** vorzunehmen.
- A 4) Die **Finanzierung** der Sanierung erfolgt - ohne dass es zu einem weiteren Ansteigen der städtischen Verschuldung kommt - mit den realisierten **Erlösen aus dem Verkauf städtischer Immobilien** (bebauter und unbebauter Flächen bzw. Gebäuden).
- A 5) Auch die städtischen **Anteile an der Bau- & Siedlungsgenossenschaft** sind unter dieser Perspektive zu veräußern.

- B 1) Der bereits beschlossene **>Pakt für Schule<** wird mit Leben erfüllt. Um zeitnah auf die Bedürfnisse der Schulen eingehen zu können finden mindestens halbjährlich Gespräche zwischen den Leitungen der Schulen, Ratsfraktionen und der Verwaltung statt.
- B 2) Im Rahmen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung werden Gelder beantragt, die es ermöglichen, die Einrichtung und **bauliche Substanz der Löhner Schulen in einen modernen und angemessenen Zustand** zu versetzen. Provisorien wie z.B. der Pavillon an der städtischen Realschule sind zu ersetzen.

- C) Die Stadt kündigt ihre **Mitgliedschaft** in der **Aqua-Magica-Gesellschaft**. Die Bewirtschaftung des Geländes und die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Gelände soll in Perioden von ein, zwei oder drei Jahren **umschichtig und arbeitsteilig** in der **selbständigen Verantwortung der beiden Städte** durchgeführt werden. (D.h., in der Zeit

der ersten Periode ist z.B. Löhne für die **VERANSTALTUNGEN** zuständig, derweil Bad Oeynhausen für die **GELÄNDEBEWIRTSCHAFTUNG** verantwortlich ist. In der nachfolgenden Periode wird die Verantwortlichkeit gewechselt.)

Der bürokratische Apparat der Gesellschaft kann somit entfallen.

Ferner können so die bereits festgestellten **personellen Überkapazitäten** der Stadt Löhne sinnvoll genutzt werden.

- D) Die **Condega-Subventionierung wird beendet**, d.h. weder aus dem begrenzten Kontingent der Löhner Sparkassenmittel noch aus Haushaltsmitteln werden weiterhin Transfer-Zahlungen in Richtung Mittelamerika geleistet.
- E 1) Aufgrund der vorhandenen wirtschaftlichen Monostruktur der heimischen Wirtschaft entwickelt die Verwaltung ein offensives **Werbekonzept zur Gewerbeansiedlung**, das sich unter besonderer Berücksichtigung der **Innenstadt** auf den Dienstleistungsbereich bezieht.
- E 2) Die ins Auge gefasste Ansiedlung der Löhner **Polizeiwache im Innenstadtbereich** ist trotz aller Schwierigkeiten nachdrücklich weiter anzustreben.
- F) Im Rahmen des Konjunkturprogrammes der Bundesregierung werden Gelder zur gründlichen **Sanierung der städtischen Straßen** beantragt.

9. Ausblick

Nur mit einem **konsequenten Sparkurs** wird es nach Überzeugung der **LBA** möglich sein, die politische Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen.

Andernfalls wird die Stadt Löhne – und das ist schon jetzt erkennbar – in wenigen Jahren nach dem absehbaren buchmäßigen **Verzehr der Ausgleichsrücklage wieder in die Haushaltssicherung geraten.**

Wir werden an dem Ziel der **Rückgewinnung der politischen Handlungsfähigkeit** aktiv mitwirken. Dabei gibt es nach wie vor für uns **keine Automatismen, keine parteipolitischen Fixierungen oder ideologische Scheuklappen.**

Die **LBA** ist bereit, sich konstruktiv am Ringen um den Haushalt zu beteiligen. Dabei steuert die **LBA** einen klaren Kurs:

Keine weitere Verschuldungspolitik, die uns oder die nächsten Generationen mit erhöhten Abgaben oder Steuern belasten würde.

Wir sind sehr interessiert, ob bzw. mit welchem Votum der aktuelle Schuldenhaushalt abgesegnet wird. Insbesondere sind wir **voller Spannung**, ob es der **SPD wieder das Kunststückchen der letzten beiden Jahre gelingen wird:**

Das Kunststückchen, im **ERSTEN SCHRITT** den Haushalt nach allen Regeln der Kunst zu kritisieren, **auseinander zu nehmen und als unsolide zu**

verwerfen,

um dann IM ZWEITEN Schritt mit leichten Garnierungen und dezenten Ausflüchten („*Es ist uns nicht leicht gefallen*“, „*schweren Herzens*“, „*mit großen Bauchschmerzen*“, „*Es muss ja irgendwie weitergehen*“) dem **gleichen Zahlenwerk die sozialdemokratische Absolution** zu erteilen und zuzustimmen.

Wir werden sehen.

L - B - A . . . aus Liebe zu Löhne